

Für Artenschutz, gegen Artenschwund

Samtgemeinden treten Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ bei

Von Christian Geers

BADBERGEN/ALTKREIS BERSENBRÜCK Die vier Samtgemeinden im Altkreis Bersenbrück sind Mitglied im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“. Durch die freiwillige Selbstverpflichtung erhoffen sie sich Inspirationen und Austausch beim langfristigen Schutz und Erhalt hochwertiger Lebensräume für Menschen, Natur und Tiere.

Zum Ende des Themenjahres „Biodiversität“ in der Ilek-Region Nördliches Osnabrücker Land wurde es auf der Diele des Hofes Edling-Bohmeyer in Badbergen ein bisschen feierlich. Anwesend waren die vier Samtgemeindebürgermeister und einige Ratsvorsitzende aus den Mitgliedsgemeinden. Nachher schritten Hildegard Schwertmann-Nicolay (Neuenkirchen), Claus Peter Poppe (Artland), Michael Wernke (Bersenbrück) und Benno Trülken (Fürstenaue) mit ihren Unterschriften perfekt, was die Räte zuvor beschlossen hatten.



Mit dem Beitritt zum Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ fängt die Arbeit für die vier Samtgemeinden erst an. In Badbergen unterzeichneten (von links) Michael Wernke (Bersenbrück), Hildegard Schwertmann-Nicolay (Neuenkirchen), Benno Trülken (Fürstenaue) und Claus Peter Poppe (Artland) die gleichnamige Deklaration und die Beitrittserklärung.

Foto: Christian Geers

erläuterte Die-Regionalmanagerin Borese Zimmermann. Dessen Mitglieder profitierten von Austausch, Kooperationen und der Teilnahme an Workshops und Kongressen. Der Verein verstehe sich auch als Vertreter der Kommunen, der in der

„Mit der heutigen Unterschrift ist es nicht getan“

Claus Peter Poppe, Samtgemeinde Artland

Politik deren Interessen vertreten.

„Unser Beitrag und unsere Arbeit beginnen erst, es ist mit der heutigen Unterschrift nicht getan“, stellte Claus Peter Poppe klar. Das Thema Biodiversität sei nicht

neu, die Samtgemeinden hätten gemeinsam bereits an vielen Themen gearbeitet, sagte Hildegard Schwertmann-Nicolay. Sie erinnerte an das Gehölzmanagement, bei dem Gehölzschnitt sinnvoll zu Holzschneitzeln weiterverarbeitet wurden sei. „Leider hat sich nach fünf Jahren herausgestellt, dass sich das Projekt wirtschaftlich nicht trägt.“

Auch die Flächenpotenzialanalyse sei ein Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt gewesen. Hier hatten die Kommunen die Seltenränder ihrer Straßen und Wege per Luftbild auf die Grenzverläufe untersuchen und prüfen lassen, inwieweit öffentliche Flächen in Blühstreifen umgewandelt werden könnten. Das Ergebnis: An vielen Stel-

len hatten Grundstücksnachbarn kommunalen Grund und Boden mitgenutzt – zum Nachteil für die Artenvielfalt.

Ganz praktische Lösungen und Diskussionen erbrachte sich Michael Wernke von einer Mitgliedschaft. Ein Thema sei der Umgang mit und die Pflege von Wegesettenrändern. „Müssen wir sie wirklich überall schließen?“, fragte er. Oder sei es nicht sinnvoller, sie zu mähen und die Mulch aufzusammeln. Das allerdings setze eine Umstellung des Maschinenparks auf den Bauhöfen voraus.

Eine weitere Herausforderung: Die Verkehrssicherungspflicht sei zu beachten, das Mahdgut müsse für eine Weiterverwertung frei sein von Müll, der leider auch am Straßenrand zu finden sei.

„Da können die vier Samtgemeinden eigene Grundsätze aufstellen“, so Wernke. Wichtig sei, sich Ziele zu setzen und diese kontinuierlich – über Wählertermine hinweg – abzarbeiten.

Im gab ihm sein Fürstenaauer Amtskollege Benno Trülken recht. „Die Kommunen müssen Treiber sein, brauchen aber auch Partner.“ Auch die Nutzung der Wegerrandstreifen als Ausgleichsflächen müsse forciert werden. Das sei eine Aufgabe für jede Samtgemeinde und ihre Mitgliedsgemeinden. „Aber auch der Landkreis Osnabrück ist gefordert“, so Trülken.

Und nicht nur der, wie Althausens Bürgermeisterin An-

„Die Kommunen müssen Treiber sein“

Benno Trülken, Samtgemeinde Fürstenaue

nes Droste berichtete. Sie habe „mit Befremden“ die kritischen Anmerkungen der Industrie- und Handelskammer zum geplanten Gewerbepark in Alstedorf zur Kenntnis nehmen müssen. Die Verpflichtung der Gemeinde, dass Kaufverbot dort Grundstücker anlegen müssen, sei als Schwächung der Wirtschaft bezeichnet worden. „Dabei wollen wir ausdrücklich ein ökologisches Gewerbegebiet, außerdem haben wir mit den Gewerbetreibenden vorher gesprochen“, wünschte sie sich eine Überarbeitung bestehender Vor-

- ANZEIGE - Frage des Tages

Wie machen wir unsere Kinder fit für die Zukunft?

Unsere Kinder wachsen in eine digitale Welt hinein. Das Wissen rund um Energie ist wichtiger denn je, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Die Bildungsinitiative 3maE fördert mit anschaulichen Materialien das Wissen rund um Energie, Nachhaltigkeit und Technologie. Ausgesuchte Inhalte, zugeschnitten für Pädagogen, Eltern und Schülerinnen und Schüler finden Sie auf 3maE.de

www.3maE.de

KOMMENTAR

Den Worten müssen Taten folgen

Mit ihrer Entscheidung, dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ beizutreten, nehmen sich die Samtgemeinden Artland, Bersenbrück, Fürstenaue und Neuenkirchen freiwillig die Pflicht: Sie wollen sich in Zukunft noch viel intensiver als bisher der Frage widmen, wie die Bedürfnisse des Menschen mit denen der Natur in Einklang zu bringen sind und wie sie energisch und konsequent gegen den fortschreitenden Artenschwund vorgehen können. Nach der öffentlichen



Von Christian Geers

keitswirksamen Beitrittserklärung werden allerdings erst Taten zeigen, wie ernst es den Kommunen ist.

Ihre Verantwortung ist groß. Artenschutz beginnt vor der eigenen Haustür. Die Gemeinden brauchen eine Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Denn jede Straße, die gebaut wird, und jedes

Wohngebiet, das neu entsteht, hat Auswirkungen auf den Lebensraum vor Ort. Jeder Quadratmeter versiegelte Fläche ist schlecht für die Biodiversität. Im schlimmsten Fall wird wertvoller Lebensraum vernichtet.

Natur- und Umweltschutz ist für die Nordkreis-Kommunen nicht neu: Insekten- und klimafreundliche Straßenbeleuchtung, Strauobstwiesen, die Pflicht zum Gärden in Baugebieten, Regenwasserverrieselung, Nahwärmernetze, das Verbot von Schottergärten – das sind

nur einige Beispiele. Doch vorstellbar sind noch striktere Vorschriften, zum Beispiel in künftigen Baugebieten.

Wenn die Kommunen erfolgreich sein wollen, brauchen sie eine verbindliche Biodiversitätsstrategie. Und Rat und Verwallung müssen sich im Klaren sein, dass es auf diesem Weg nicht nur Gewinner gibt und sie deshalb manche Diskussion werden aushalten müssen. Und ohne die Beteiligung der Bürger geht es auch nicht.

c.geers@noz.de